

Chronik des Tages.

In der Eröffnungssitzung der deutsch-französischen Saarkonferenz wurden drei Unterausschüsse eingesetzt.
Die Reichsregierung hat zunächst für 1000 deutsch-russische Bauern die Einreisefreieinreise erteilt.
In Kassel begann der Reichsparteitag der Deutschen nationalen Volkspartei.
Beim Zusammenbruch des Bankhauses Bährle u. Co. in Freiburg i. Br. soll der Deutsche Caritas-Verband einen Verlust von 300 000 Mark, das Kloster Saint Trudberg einen Verlust von 500 000 Mark erlitten haben.
In Wien hat der Erfinder des „fliegenden Motors“, Karl Gernb, Selbstmord begangen, er will er „nichts als Ruhe haben“ wollte.
Die Bank von England hat in ihrer letzten Verwaltungssitzung beschlossen, den Diskontsatz um 1/4 v. H. auf 5 1/2 v. H. zu erniedern.
Unter dem Vorhinein von Lord Cecil hat sich in London ein Ausschuss gebildet, der Sedimental sammelt will, um die alte „Gram“, das Schiff, mit dem seinerzeit Friedrich Schiller seine denkwürdige Kritik-Forschung durchführte, zu erhalten.

Der vergessene Osten.

Berlin, 22. November.

Seit Jahren stand die Rheinlandfrage im Mittelpunkt der politischen Erörterungen. Die deutsche Außenpolitik hatte unverkennbar ihre Hauptaufgabe darin gesehen, zunächst einmal im Westen reinen Tisch zu machen. So kam es, daß der Westen die ganzen Jahre hindurch im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stand, während der deutsche Osten gewissermaßen wie ein Stehflind behandelt und immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde. Hier ist jetzt eine gründliche Wandlung nötig! Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Der bevorstehende Abschluß des Youngplans, die endlich gescheiterte Befreiung des Rheinlandes und die schwebenden Verhandlungen über die Lösung der künstlich geschaffenen Saarfrage lassen es angebracht sein, die deutsche Öffentlichkeit von neuem auf die gewaltigen Schäden aufmerksam zu machen, die die Grenzziehung im deutschen Osten im Gefolge hatte.

Schon ein Blick auf die Karte müßte genügen, um die großen Verluste, die das Deutsche Reich durch den Friedensvertrag im Osten erlitten hat, in ihrer ungeheuren Tragweite zu erkennen. Während der Westen und der Norden ein Gebiet von 1 955 030 Hektar mit 2 100 365 Einwohnern eingebüßt haben, hat der Osten 5 102 918 Hektar mit 4 375 285 Einwohnern, also mehr als das Doppelte an Land und Beuten, verloren. Das Schwerkriegsgewicht unserer Verluste liegt demnach im Osten! Diese Verluste sind um so schwerwiegender, weil die Grenzziehung noch mit einer Willkür und Brutalität vorgenommen worden ist, die dem vielgepriesenen Grundgesetz des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker geradezu Hohn spricht. Entgegen der Waffenstillstandsabrede sind weite Teile der deutschen Ostmark rücksichtslos von Deutschland abgetrennt worden, obwohl die Bevölkerung nicht ungewisselhaft polnisch war. Rein deutsche Gebiete wurden kurzerhand dem neuen polnischen Staate einverleibt, oder, wie das urdeutsche Danzig, in ein lebensunfähiges Staatengebilde umgewandelt. Selbst dort, wo es zu einer Abstimmung kam, z. B. in Oberschlesien, wurde der klare Spruch der Bevölkerung achtlos beiseitegeschoben und die neue Grenze streifenlos mitten durch das oberschlesische Industriegebiet gezogen. In vielen anderen Stellen der Ostgrenze, so z. B. in Niederschlesien, in der Grenzmark Posen-Westpreußen und in Pommern wurde die Grenze nach rein strategischen Gesichtspunkten festgelegt, ohne Rücksicht darauf, daß die deutsche Bevölkerung dadurch von ihrem Mutterland und ihrem Kulturzentrum losgerissen wurde, daß dem Wirtschaftsleben des deutschgebliebenen Ostens unheilbare Wunden geschlagen, die bestehenden Verkehrswege zerrissen und die meist in dem abgetretenen Gebiete liegenden Absatzmärkte mit einem Schlag gesperrt wurden. Ganz abgesehen auch davon, daß durch die Grenzziehung — die Reichshauptstadt liegt nur 156 Kilometer, eine knappe Flugstunde, von der neuen Grenze entfernt — die politische Sicherheit des Reiches aufs äußerste gefährdet ist.

Die Ostgrenze durch Versailles in Genf ist und bleibt ein schweres Unrecht, das völlerbergeistend wirken muß. Sie ist ein schweres Verbrechen gegen das deutsche Volkstum, gegen Wirtschaft und Volkswohlfahrt. Deutschland hat deshalb einen unverkennbaren Anspruch auf eine Revision der Ostgrenze, auch im Interesse einer wahren Befriedung Europas. Eine Anerkennung der Ostgrenzen oder die Aufgabe wirklich grundlegender Ansprüche für die Revision der Ostgrenzen ist deshalb unmöglich, alle Teile Deutschlands sollten darin ebenso zum Osten stehen wie der Osten dem Westen beigefallen hat in der Frage von Ruhrbesetzung und Rheinlandräumung.

Gegenwärtig hat man allerdings im Osten das Empfinden — und das nicht mit Unrecht —, daß Regierung und Parlament es an dem nötigen Verständnis für die bedrohliche Lage des deutschen Ostens fehlen lassen. An den maßgebenden Stellen in Berlin, so sagt man sich im Osten, ist man sich offenbar gar nicht dessen bewußt, daß die Leute in der Ostmark auf einem politisch, wirtschaftlich und kulturell überaus gefährdeten Vorposten stehen. Während die Polen keine Mittel und Anstrengungen scheuen, um ihre neugewonnene Stellung auszubauen und in ihrem Landhunger darüber hinaus immer weiter nach Westen vorzudringen suchen, scheint man sich auf deutscher Seite des Ernstes der Gefahr leider auch zur Stunde noch nicht in vollem Umfange bewußt zu sein. Sonst

müßte die Front im Osten eine ganz andere Stärkung im Reiche finden. Was bisher an finanziellen Mitteln in die Ostprovinzen geflossen ist, genügt bei weitem nicht, um die ungeheuren Kriegsschäden im deutschen Osten zu lindern. Gewiß, es ist schon manches geschehen, das wird auch im Osten dankbar anerkannt, aber die Not ist ungeheuer groß, und was der deutsche Osten bisher an Staatsmitteln zum Wiederaufbau des zerrissenen Straßennetzes usw. erhalten hat, ist nur ein Bruchteil dessen, was erforderlich ist, um die Schäden des Weltkrieges und der verhängnisvollen Grenzziehung einigermaßen auszugleichen, geschweige denn, die Ostmark zum Bollwerk des Deutschtums zu machen. Es ist das dringende Gebot der Stunde, eine einheitliche und großzügige Hilfe für die sechs Ostprovinzen zu organisieren. Dem Westen ist bisher das Wohlwollen des deutschen Volkes in reichem Maße zuteil geworden, nun gilt es, den Blick mehr und mehr nach Osten zu wenden und unsere Brüder in der bedrohten Ostmark in ihrem schweren Kampfe zu stützen und damit auch das Reich selbst zu stärken. Denn die Ostprobleme sind und bleiben die Schicksalsfragen Deutschlands.

Der Saarkampf entbrannt.

Die erste Sitzung in Paris — Drei Unterausschüsse eingesetzt.

Paris, 22. November.

Am Donnerstag wurde im großen Speisesaal des französischen Außenministeriums die deutsch-französische Saarkonferenz zur Regelung der Saarfrage eröffnet. Von der deutschen Delegation erschien als erster ihr Vorsitzender, Staatssekretär z. Z. von Simson. In Begleitung des deutschen Delegationschefs befand sich Vorkämpfer von Goebbels, doch nahm der deutsche Vorkämpfer an den Verhandlungen selbst nicht teil. Vor der Eröffnung der Konferenz hatte Staatssekretär von Simson noch dem französischen Außenminister Briand und dem Generalkonsul im Nachbarnigen Amt einen Besuch abgestattet.

Die erste Sitzung der deutschen und französischen Unterhändler war nicht öffentlich. Zur Begrüßung der deutschen Delegation nahm der Vorsitzende der französischen Abordnung, der Minister für öffentliche Arbeiten, Bernot, das Wort. Für die Deutschen erklärte Staatssekretär von Simson, wobei er — ein guter Kenner der Verhältnisse und der Wirtschaft des Saargebietes — die deutschen Ansichten über die Lösung der in Versailles künstlich geschaffenen Saarfrage darlegte. Das praktische Ergebnis der ersten Sitzung war die Bildung von drei Unterausschüssen, in denen namentlich der Kampf um die Befreiung des Saarländes fortgeführt werden wird.

Nach Beendigung der Eröffnungssitzung wurde eine amtliche Mitteilung verbreitet, zu deren Abfassung man eine Stunde Zeit benötigt hatte. Besondere Schlüsse läßt dieses Communiqué jedoch nicht zu, es bezieht sich vielmehr auf die Wiedergabe des äußeren Verlaufes der Eröffnungssitzung. Sein Wortlaut ist folgender:

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarfrage haben im Außenministerium begonnen. Der Minister für öffentliche Arbeiten Bernot, der Vorsitzende der französischen Delegation, hat die deutsche Abordnung begrüßt, die Aufgaben der Konferenz darlegt, und den Wunsch der französischen Delegation zum Ausdruck gebracht, zu einer Verständigung zu gelangen, die geeignet ist, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern. Herr von Simson, der Vorsitzende der deutschen Delegation, hat auf die Ansprache Bernots geantwortet, indem er zum Ausdruck brachte, daß die deutsche Delegation den gleichen Wunsch habe und indem er das von Deutschland in diesen Verhandlungen erstrebte Ziel dargelegt hat.

Im Anschluß hieran wurde geprüft, welche Verhandlungsmethode die zweckmäßigste ist. Es wurde die Bildung von drei Unterausschüssen beschlossen; es sind dies: ein Unterausschuss für Bergwerksfragen, ein Unterausschuss für Handels- und Zollfragen und drittens ein Unterausschuss für juristische Fragen. Ferner wurde vereinbart, daß diese Unterausschüsse zusammenzutreten sollen, sobald das Arbeitsprogramm von den Vorsitzenden beider Delegationen festgelegt ist.

Lange Dauer der Konferenz.

Ausgangspunkt der deutsch-französischen Saarkonferenzen sind die Abmachungen zwischen Stresemann und Briand im Haag, wie sie in dem Vertrag vom 30. August niedergelegt sind.

Nach Ansicht der Reichsregierung und des deutschen Volkes darf bei der Regelung der Saarfrage unter keinen Umständen Verzicht auf die deutsche Ostmark nur eine solche Lösung, durch die das Saarland unverzüglich dem Deutschen Reich wieder angegliedert wird und durch die das Eigentum an den Saarkohlen von dem französischen wieder auf den preussischen und bayerischen Staat übergeht.

Für die Aushandlung des Rückkaufspreises sind der deutschen Delegation enge Grenzen gezogen. Von dem Wiederaufbau des Zoll- und Wirtschaftssystems darf

Frankreich keine unbilligen Preisvorteile für seine Wirtschaft erhoffen, da man Deutschland nicht zumuten kann, den Absatz der französischen Industrie im Saargebiet auf deutsche Kosten zu erleichtern. Was gefächert der übertriebenen Erwartungen Frankreichs hinsichtlich der deutschen Gegenleistungen für die vorzeitige Freigabe des Saargebietes ist eine lange Dauer der Saarkonferenz mit Bestimmtheit vorauszusagen. Bis zum Herbst 1930 — wie es einige Franzosen als möglich hinstellen — dürfen sich die Verhandlungen freilich nicht hingezien!

Für wahre Volksgemeinschaft.

Rundgebung der „Katholischen Aktion Berlin“ — Ein Aufruf des Bischofs Dr. Schreiber.

Die „Katholische Aktion“ in Berlin veranstaltete im Sportpalast eine Rundgebung, in deren Mittelpunkt eine Rede des neuen Bischofs von Berlin, Dr. Schreiber, stand.

Bischof Dr. Schreiber, der bei seinem Einzug in vollem Ornat von den 12 000 Anwesenden begeistert begrüßt wurde, legte in programmatischen Ausführungen seine Auffassung über die Aufgabe des Bischofs im Amt dar. Stärker als je zuvor wurde ihm zuteil, als er auf die politischen Fragen eingehend, die Zurückstellung der konfessionellen Gegensätze und die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft forderte. Er, der Bischof, sehe bezeichnend zum neuen Staat aus Liebe zum Volk und aus Liebeszeugung. Die Revolution als solche sei ein Unrecht, aber dadurch, daß sich die Weisheit des Volkes in die Republik erklärt habe, sei die Weimarer Verfassung geltendes Recht geworden, und es sei Pflicht jedes Katholiken, jeden neuen Schritt und jeden neuen Umsturz abzuwehren. Bestehende Mängel müßten mit beschaffungsmäßigen Mitteln beseitigt werden. Bei der Behandlung der brennenden Tagesfragen betonte Bischof Dr. Schreiber, der Bischof müsse nicht nur für die geistigen und sittlichen Bedürfnisse eintreten, sondern auch für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen. Der Bischof sei zwar mit dem Papste verbunden, er habe aber auch unermessliche Liebe zum deutschen Volke.

Im Laufe der Veranstaltung wurde an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Gedenktelegramm gefandt; die Verlesung des Gedenktelegramms hielt die Versammlung lebend an. Ein zweites Telegramm ging an den Papst. — Unter den Ehrengästen, die der Versammlung beiwohnten, sah man den Reichsanwalt a. D. Marx und die Reichsminister von Cauerbach, Engelwald, Wirth und Schäpel.

Deutschnationaler Parteitag.

Der Auftakt der Kasseler Tagung. — Referate über Wirtschaftfragen und Steuerreform.

Kassel, 22. November.

Der diesjährige Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der in Kassel stattfindet, nahm mit einer Sitzung des Parteivorstandes und Sonder-tagungen der Ausschüsse seinen Anfang. Im Hinblick auf die innenpolitische Lage sieht man dem Verlauf des deutschnationalen Parteitags allseits mit großem Interesse entgegen.

Im Arbeitsausschuss deutschnationaler Industrieller führte Reichstagsabgeordneter Leopold aus, daß die deutsche Wirtschaft trotz der staatlichen Bevormundung in der Lage gewesen sei, dem Volke Beschäftigung und Arbeit zu geben, sei ein Verdienst des privatwirtschaftlichen Schaffens. Der nächste Redner, Abgeordneter Dr. Oberfahren, wandte sich gegen die Forderung auf Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums und bezeichnete es als unerwünscht, wenn der Kreis der von direkten Steuern befreiten Einkommen noch vergrößert werde. Notwendig sei die sofortige Aufhebung der Industriebelastung und der Rentenbank-Zinsen, ferner sei eine radikale Senkung der Realsteuern am Platze.

Im landwirtschaftlichen Reichsausschuss erklärte der Präsident des Landbundes Schiele, die Not der Landwirtschaft könne nur dann beseitigt werden, wenn mindestens 250 Stimmen im Reichstag für die notwendigen Agrargesetze gewonnen würden.

Führertagung des Reichslandbundes.

Berlin, 22. November. Am heutigen Freitag und am Sonnabend findet in Berlin die diesjährige Führertagung des Reichslandbundes statt. Die Tagung steht unter dem Leitgedanken: „Der deutsche Bauer und das deutsche Volkstum.“ Die Führertagung soll den engen Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Rentabilität, Landflucht, Geburtenrückgang, Landarbeiterfragen und den Fortbestand des deutschen Volkstums inner- und außerhalb der Reichsgrenzen darlegen.

Die Stützung des Roggenmarktes.

Eine amtliche Mitteilung.

In einer amtlichen Mitteilung, die sich mit den Maßnahmen zur Stützung des Roggenmarktes beschäftigt, heißt es u. a.:

Der Gedanke, durch Einführung eines Beimahlungszwanges von Roggen zum Weizen einen vermehrten Roggenverbrauch zu erzielen, hat sich infolge unüberwindlicher technischer Schwierigkeiten als durchführbar herausgestellt. Es bleibt daher nur übrig, einen Anreiz zur verstärkten Roggenverwertung